

Tschechische Republik

Volker Weichsel

Das Jahr 2020 stand in Tschechien wie überall in Europa im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Wie in allen Ländern der EU, so offenbarten auch in Prag panikartige politische Reaktionen im März 2020 mentale Prädispositionen. Im Laufe der weiteren Monate prägten dann die Strukturzwänge der modernen, hochintegrierten europäischen Gesellschaften wieder stärker die Politik.

Der panikartigen Symbolpolitik sind die Grenzsicherungen Mitte März 2020 zuzuordnen. Tschechien ging bei diesem einseitig angeordneten Schritt weiter als alle anderen Staaten der EU. Auf der Basis einer Notstandsverordnung verbot die Regierung nicht nur die Einreise nach Tschechien, sondern auch die Ausreise. Der Beschluss, der zu einem Zeitpunkt gefasst wurde, als in Tschechien noch keine einzige SARS-CoV-2-Infektion in einem Labor bestätigt worden war, zeugte von einer tiefverwurzelten Vorstellung, das Land könne von europäischen Entwicklungen abgeschottet werden. Prager EU-Kritiker hatten bereits in den 1990er Jahren stets das Wunschbild einer Insellage beschworen, wenn sie gegen einen Beitritt zur EU argumentierten.

Dass der Rückzug in die nationale Wagenburg an der Realität der hochintegrierten europäischen Gesellschaft scheitern würde, war jedoch vom ersten Augenblick an klar. Der Güterverkehr (und damit auch Fernfahrer, Lokführer sowie Piloten) blieb von der Grenzsicherung ausgenommen. Konflikte – zwischenstaatliche wie innergesellschaftliche – nahm die Prager Regierung jedoch in Kauf, als sie Ende März 2020 umfassende Quarantänevorschriften für Arbeitspendler aus den Grenzgebieten zu Deutschland und Österreich erließ.¹

Die auch bei den innerstaatlichen Maßnahmen rigide tschechische Pandemiepolitik schien zunächst Erfolg zu haben. Die Zahl der an oder mit einer SARS-CoV-2-Infektion gestorbenen Menschen pro eine Mio. Einwohner lag Mitte April 2020 so niedrig wie in kaum einem anderen Land der EU. Die verlangsamte Ausbreitung des Virus durch die Unterbindung zahlreicher gesellschaftlicher Aktivitäten sowie insbesondere die in den Sommermonaten günstigeren epidemiologischen Bedingungen erlaubten die Aufhebung zahlreicher Verbote. Reisebeschränkungen wurden weitgehend aufgehoben und geschlossene Grenzübergänge wieder geöffnet.

Allerdings zeigte sich schon mit Beginn des Herbstes 2020, dass allenfalls von einem vorübergehenden Erfolg der rigiden Pandemiepolitik gesprochen werden kann. In den ersten beiden Oktoberwochen lag die Zahl der neu registrierten SARS-CoV-2-Infektionen auf 100.000 Einwohner in Tschechien höher als in jedem anderen Land der EU. Die Regierung unter Ministerpräsident Andrej Babiš rief erneut – für zunächst vier Wochen – den nationalen Notstand aus, schloss Universitäten und schränkte den Unterricht an Schulen für höhere Klasse ein. Grenzsicherungen gibt es keine, ein Ampel-System für die Einreise aus unterschiedlichen Ländern sowie generell die Beschränkungen zeugen von

¹ Vgl. hierzu ausführlicher: Zuzana Lizvocá: Abschottung, neue Solidarität, unklare Zukunft. Tschechien und die Sars-CoV-2-Epidemie, in: Osteuropa, 3-4/2020, S. 65-77.

dem Bemühen, den epidemiologischen Nutzen von Beschränkungen der Wirtschaftstätigkeit gegen die sozialen und ökonomischen Folgen abzuwägen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie

Die Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit zur Verhinderung von SARS-CoV-2-Infektionen hatte massive Auswirkungen auf die tschechische Volkswirtschaft. Diese gehen nicht alleine auf Beschlüsse der Prager Regierung zurück. Vielmehr litt die exportorientierte, europaweit vernetzte Wirtschaft Tschechiens auch in starkem Maße unter dem Zusammenbruch von Lieferketten sowie lokal auch unter dem Ausbleiben von Touristen. Die Europäische Kommission geht in ihrer Prognose vom Juli 2020 von einem Einbruch des tschechischen Bruttoinlandsproduktes auf das gesamte Jahr 2020 gesehen von knapp acht Prozent aus, was dem europäischen Durchschnitt entspricht.² Selbst diese Prognose könnte sich als zu optimistisch erweisen.

Die tschechische Position zum Europäischen Wiederaufbaufonds

Zur Linderung der sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie und der Politik zu ihrer Eindämmung legte die Europäische Kommission Ende Mai 2020 einen auf einer gemeinsamen Initiative Deutschlands und Frankreichs beruhenden Entwurf für ein Wiederaufbauinstrument vor.³ Die tschechische Regierung legte dem Parlament daraufhin Ende Juni 2020 ihre Verhandlungsposition dar, mit der sie zu dem Gipfeltreffen Mitte Juli 2020 zu reisen gedachte.⁴ In dem Dokument heißt es, die Regierung stimme zu, dass der EU-Haushalt die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie berücksichtigen und adäquate Mittel zur Erholung der europäischen Volkswirtschaften bereitstellen muss. Gleichwohl bezeichnete die Regierung den Vorschlag der Kommission als „recht ambitioniert“ und formulierte Voraussetzungen für die Zustimmung: Es müsse festgelegt werden, dass die Aufnahme von Schulden eine einmalige Ausnahme bleibt. Auch gegen eine Erhöhung des Eigenmittelanteils der EU auf zwei Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU wollte sich die von der Partei ANO des Ministerpräsidenten Babiš und der Sozialdemokratischen Partei (Česká strana sociálně demokratická, ČSSD) gebildete Minderheitsregierung nicht sperren. Stattdessen wollte sie eine Rückführung auf die bislang gültige Höchstgrenze von 1,2 Prozent im darauffolgenden mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) garantiert sehen. Zudem listete die Regierung eine Reihe von in der EU diskutierten Quellen solcher neuen Eigenmittel auf, gegen die sie sich zu wenden gedenke, darunter vor allem Gelder aus umweltpolitischen Lenkungsmaßnahmen: aus dem Handel mit Emissionszertifikaten für Kohlenstoffdioxid, aus einer Steuer auf Einwegplastik sowie aus Zöllen auf den Import von Gütern, bei deren Produktion Kohlenstoffdioxid ausgestoßen wurde. Insbesondere betonte die Regierung, kein Mitgliedstaat der EU dürfe wegen seiner Wirtschaftsstruktur bestraft werden, die Erhebung von Eigenmitteln dürfe sich nicht disproportional auf die weniger entwickelten Mitgliedstaaten auswirken und die Entschei-

2 European Commission: European Economic Forecast. Summer 2020 (interim), Juli 2020, S. 32, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip132_en.pdf (letzter Zugriff: 21.10.2020).

3 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Haushaltspolitik“, „Bundesrepublik Deutschland“ und „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

4 Ministerstvo financí: Rámcová pozice (Stanovisko pro Parlament ČR) Projednávaná věc: Pozměněný návrh rozhodnutí Rady o systému vlastních zdrojů Evropské unie Identifikační čísla dokumentů: 8140/20 (COM(2020) 445), 24.6.2020, abrufbar unter: www.psp.cz/sqw/text/orig2.sqw?idd=179459&usg=AOvVaw0_omQ8t5EEZzata_LuL5oS (letzter Zugriff: 21.10.2020).

dung über die Eigenmittel müsse bei den Mitgliedstaaten bleiben und sollte also nur einstimmig im Europäischen Rat getroffen werden.

Mit dieser Haltung schloss sich die Tschechische Republik nicht der Gruppe der sogenannten „Sparsamen Vier“ (Österreich, Dänemark, Niederlande, Schweden) an, die sich gegen eine solche Erhöhung der Eigenmittel wandte. Tschechien drückte aber auch Zurückhaltung gegenüber der Position aus, die die südeuropäischen Länder, aber etwa auch Frankreich und Polen vertraten, eine Erhöhung der Eigenmittel zu fordern. Die mittlere Position, die nahe an jener Deutschlands lag, erklärt sich daraus, dass die Tschechische Republik zum einen als Nettoempfänger von einer Ausweitung des EU-Haushalts profitiert, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme auch betonte, zum anderen aber die Prager Regierungen seit vielen Jahren eine Politik verfolgen, die sich gegen schuldenfinanziertes Wachstum wendet.

Diese Verhandlungsposition hieß der Ausschuss für Europäische Angelegenheiten des Parlaments am 29. Juni 2020 gut.⁵ Nach einer Aussprache im Plenum nahm das Parlament sie am 10. Juli 2020 mit großer Mehrheit an. Für die Vorlage stimmten neben den Regierungsparteien ANO und ČSSD die Kommunistische Partei (Komunistická strana Čech a Moravy, KSČM), die die Minderheitsregierung seit 2018 duldet, sowie die proeuropäischen Mitte-rechts-Parteien „Tradition, Verantwortung, Prosperität“ (Tradice, Odpovědnost, Prosperita, TOP09) und „Bürgermeister und Unabhängige“ (Starostové a nezávislí, STAN). Die Abgeordneten der meisten Oppositionsparteien enthielten sich – sowohl jene der grundsätzlich für eine Vertiefung der EU eintretenden Piratenpartei (Piráti) als auch jene der integrations skeptischen Demokratischen Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS). Alleine die Abgeordneten der nationalpopulistischen „Partei für Freiheit und Direkte Demokratie“ (Svoboda a přímá demokracie, SPD) enthielten sich.⁶ An der Position der Piratenpartei, die der Parteivorsitzende Ivan Bartoš vortrug, zeigte sich exemplarisch das demokratische Dilemma der europäischen Mehrebenenpolitik. Zwar sieht die Partei es als erwiesen an, dass Babiš indirekt weiter als Eigentümer des Konzerns Agrofert fungiert, dem europäische Mittel zufließen, auf deren Vergabe der Ministerpräsident Einfluss hat. Wegen des übergeordneten europapolitischen Interesses – der junge Piraten-Abgeordnete František Kopřiva sprach in einem ansonsten in der Tschechischen Republik eher selten zu vernehmenden Duktus von „einem Zeichen der Solidarität“ und „einer Verantwortung für unser gemeinsames Projekt namens EU“ – sahen sich die Piráti jedoch gezwungen, auf eine klare Oppositionsrolle und eine Ablehnung des Regierungsvorschlags zu verzichten.⁷

5 Government of the Czech Republic: Usnesení z 282. zasedání Výboru pro Evropskou unii konaného dne 29. června 2020, 29.6.2020, abrufbar unter: www.vlada.cz/cz/evropske-zalezitosti/dokumenty/usneseni-z-282--zasedani-vyboru-pro-evropskou-unii-konaneho-dne-29--cervna-2020-182528/ (letzter Zugriff: 21.10.2020).

6 Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky: 56. schůze, 36. hlasování, 10. července 2020, 11:41 Informace premiéra o pozici vlády k Plánu na podporu oživení Evropy, 10.6.2020, abrufbar unter: <https://www.psp.cz/sqw/hlasy.sqw?G=73550> (letzter Zugriff: 21.10.2020).

7 Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky: Stenografický zápis 56. schůze, 9. července 2020, 9.6.2020, abrufbar unter: www.psp.cz/eknih/2017ps/stenprot/056schuz/56-1.html (letzter Zugriff: 21.10.2020).

Mit Atomkraft gegen die Folgen der Pandemie

In seiner Rede vor dem Parlament erklärte Babiš, dass kein Weg daran vorbei führe, dem Vorschlag der Europäischen Kommission zuzustimmen. Weniger die Finanzierung des Wiederaufbaufonds als vielmehr die Frage, wofür die zusätzlichen Mittel ausgegeben werden, stellte er in den Mittelpunkt seiner Rede. Von einer speziellen Lenkung der Mittel in besonders von der Pandemie betroffene Länder oder Sektoren war keine Rede. Vielmehr forderte Babiš, dass die EU für einen Ausbau fehlender Verkehrs- und Energieinfrastruktur sorgen müsse. Insbesondere ein energiepolitisches Ziel hob er hervor: Die EU müsse unabhängig von Energieimporten werden. Dahinter steckt ein konkretes energiepolitisches Ziel: Die Regierung setzt auf den weiteren Ausbau der Atomenergie. Nachdem die Tschechische Republik in den Jahren von 2000 bis 2002 das Atomkraftwerk Temelín in Betrieb genommen hat (die einzigen beiden Blöcke, die in der EU in den vergangenen 20 Jahren ans Netz gegangen sind), will der Ministerpräsident die Errichtung zweier neuer Blöcke am südmährischen Standort Dukovany vorantreiben. Im Jahr 2019 wurde ein Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt. Noch im Jahr 2020 soll der Bau ausgeschrieben werden, damit bis zum Jahr 2024 ein Vertrag unterzeichnet und das Kraftwerk Anfang des kommenden Jahrzehnts in Betrieb gehen kann. Da mit Widerstand insbesondere aus Österreich und gegebenenfalls auch aus Deutschland zu rechnen ist, will sich die tschechische Regierung schon jetzt Unterstützung für ihre Pläne und nach Möglichkeit sogar EU-Mittel dafür sichern.

Interessenpolitik in der Nische

Die tschechische Regierung setzt somit den seit vielen Jahren verfolgten europapolitischen Kurs fort. Sie meidet den großen Konflikt, dem die Regierungen Ungarns und Polens nicht ausweichen, und versucht, nationale Einzelinteressen durchzusetzen, indem sie in wechselnden Koalitionen aus der zweiten Reihe für Mehrheiten zu sorgen sucht. Dies gilt zum einen für die Migrationspolitik, in der die Regierung Babiš ebenso wie Viktor Orbán in Ungarn auf rigorose Abschottung setzt, dies jedoch nicht in gleicher Weise zur Seinsfrage stilisiert und es gilt zum anderen für die Frage nach den rechtsstaatlichen Fundamenten der EU. Hier ist es die Warschauer Regierung – und erneut die ungarische –, die an vorderster Front den Kampf gegen jene Staaten ausfechten, die die Vergabe europäischer Mittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien binden wollen. Solange der Parteienpluralismus in Tschechien die Bildung einer hegemonialen Regierung verhindert, die ihre Macht durch Beschränkung der Justiz auszubauen sucht, wird auch in diesem zentralen europäischen Politikfeld die Prager Politik von Zurückhaltung geprägt sein.

Weiterführende Literatur

Jakub Eberle/Vladimir Handl/Kai-Olaf Lang: Berlin und Prag: Europa pragmatisch zusammenhalten. Deutsch-tschechische Kooperation in Zeiten der Corona-Krise. SWP-Aktuell 2020/A 60, Juli 2020.